



Ökumenisches *Netz* in *D*eutschland für *G*erechtigkeit, *F*rieden und *B*ewahrung der *S*chöpfung

Solidarische Bürgerversicherung fair teilen statt sozial spalten

Arbeitskreis Ökonomie und Kirche Berlin
Kontaktanschrift: barbara.haehnchen@gmx.de

9. Oktober 2009

Liebe Freundinnen und Freunde in den ÖNiD-Gruppen! Die „Solidarische Bürgerversicherung – Fair teilen statt sozial spalten“ ist seit August gemeinsames Projekt im ÖNiD; zu sehen auf unserer ÖNiD-Homepage, www.oenid.net. Unter der Rubrik „Fachgruppen und Projekte“ findet man die Links zu dem Bürgerversicherungskonzept.

Trotzdem ist das kein Grund für Zufriedenheit. Denn die meisten ÖNiD-Gruppen haben bisher gar nicht reagiert auf dieses gemeinsame Projekt; obwohl es spätestens seit April allen bekannt sein müsste durch mehrere Rundmails.

Wo mögen die Gründe dafür liegen?

Wir provozieren bewusst: Viele von uns gehören zu den Privilegierten. Sie sind nicht in der Gesetzlichen Sozialversicherung, sondern privat versichert oder/und Mitglieder der vielen berufsständischen Versorgungssysteme, die es in der Bundesrepublik gibt. Beamte, Bundestagsabgeordnete (also der „Gesetzgeber“) und Minister sind nicht Mitglieder der Gesetzlichen Sozialversicherung. Auch Pfarrer haben Sondersysteme.

Rund 20 % der Bevölkerung sind nicht beteiligt an der Gesetzlichen Rentenversicherung, 8 % nicht an der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung.

Es ist verständlich, wenn diese Menschen sich schwer begeistern lassen von einer Bürgerversicherung, die keine Privilegien kennt. Oder sagen wir besser, die ein Korrektiv sein will für die Spaltung in Arm und Reich.

Und dennoch bemühen wir uns gerade im ÖNiD um Zustimmung für das Prinzip der Bürgerversicherung. Weil wir denken, es ist dem christlichen Glauben sehr angemessen. Es ist sogar ein Kriterium dafür, wie ernst man es meint mit dem ÖNiD-Leitgedanken „Fair teilen statt sozial spalten“. Dieser Gedanke hat uns vom Arbeitskreis Ökonomie und Kirche sofort überzeugt. Denn soziale Spaltung gibt es wahrhaftig in diesem Land. Es gibt sogar unerträgliche Zwei-Klassen-Systeme, und das insbesondere auf solch existentiellen Gebieten, wie es Gesundheits- und Pflegesysteme oder Altersversorgung sind. Die Politik hat das nach der Gründung der Bundesrepublik so gewollt und immer weiter vorangetrieben.

Die Bevölkerung weiß es und leidet darunter. Man kennt auch die gemeinwohlorientierte Alternative: Konsequente Bürgerversicherung!

Zwei Drittel fordern in Befragungen diese Alternative.

Das Bürgerversicherungsprinzip ist aber nicht kompatibel mit Privatversicherungen und berufsständischen Versorgungssystemen.

Und vor allem: Bürgerversicherung bezieht die ungeheuer großen deutschen Vermögenseinkommen mit in das Abgabensystem ein. Nur so kann die Finanzierung sozial gerecht auf breite Schultern verteilt werden. Sie entlastet dann die unteren und mittleren Arbeitsentgelte enorm.

Wir glauben, dieses Land ist auch jetzt in der großen Krise noch reich genug, um allen Menschen eine qualitativ hochwertige Sozialversicherung zu garantieren – durch Solidarität!

Und wir glauben, das ÖNiD hat sehr viel politisches Gewicht in die Wagschale zu werfen, wenn wir nur wollen.

Wir sehen noch einen anderen möglichen Grund dafür, dass wir bis jetzt im ÖNiD keine ausreichende Diskussion zu unserem Bürgerversicherungskonzept erreicht haben: Viele ÖNiD-Gruppen sympathisieren mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE). Der Arbeitskreis Ökonomie und Kirche hat sich mit dem BGE auseinandergesetzt. Eine gemeinsam beschlossene Position ist auf der Homepage www.ökonomie-und-kirche.de zu finden, wenn man die Rubrik „unsere Themen“ aufruft. An gleicher Stelle befindet sich auch unser Bürgerversicherungskonzept. Der Vergleich der Konzepte ergibt zunächst, dass sich in beiden jegliche Privilegien - also berufsständische Sonderversorgungs- und Pensionssysteme, ebenso wie private Absicherungen anstelle der gesetzlichen – verbieten würden; vorausgesetzt, das BGE ist keine Armutsvariante.

Die Unterschiede sehen wir insbesondere in Folgendem:

1. Zum BGE gibt es keine gesellschaftliche Mehrheit, während diese (siehe umseitig) hinsichtlich der Bürgerversicherung vorhanden ist. Es gibt konzeptionelle Bürgerversicherungsvarianten bei Grünen, SPD, Linkspartei, Gewerkschaften, Sozialverbänden und sozialen Bewegungen wie Attac. Aber in allen diesen Organisationen wird seit Jahren heftig um ein BGE gestritten.
2. Inzwischen wird das BGE von Marktradikalen dazu missbraucht, die gesamte Sozialversicherung abzuschaffen und stattdessen zum Beispiel das FDP-Bürgergeld einzuführen. Das ist noch krasser als Hartz IV!
3. Diejenigen, die hohe Beträge für ein BGE fordern, reden niemals davon, wie sie das im gegenwärtigen Kapitalismus durchsetzen wollen. Auch Bürgerversicherung muss erkämpft werden, aber sie knüpft an die bewährten Elemente der vorhandenen Sozialversicherung an und weiß die Bevölkerung hinter sich.
4. Das BGE geht davon aus, dass es nicht genug bezahlbare Arbeit gibt und deshalb allen Menschen überlassen werden kann, ob überhaupt und wenn ja, welche Arbeit sie gern machen würden. Das halten wir für wirklichkeitsfremd. Stattdessen setzen wir uns für eine bedarfsgeprüfte Grundsicherung ein, die Armut vermeidet. Wir halten es für ungerecht, wenn leistungsfähige Menschen von den Früchten der Arbeit ihrer Mitmenschen leben. Zumal es ungeheuer viel Arbeit gibt, die in dieser Gesellschaft nicht getan werden kann, einfach weil sie falsch bewertet bzw. bezahlt wird. Das sollte geändert werden.
5. Fazit: Wir würden eine Diskussion im ÖNiD über die hier genannten Punkte begrüßen. Vorausgesetzt, andere ÖNiD-Gruppen sehen das auch so, könnte man dafür eine Mailingliste einrichten. Wenn nach angemessener Zeit eine gemeinsame Position gefunden werden kann, wäre das zweifellos eine Stärkung des ÖNiD.

Auch wenn wir uns in Geduld üben werden, bleibt es doch unser dringender Wunsch, dass sich im Laufe der kommenden Wochen und Monate nach und nach mehr ÖNiD-Gruppen zur Unterzeichnung unseres Bürgerversicherungskonzepts entschließen. Damit würden Sie auch ihre Solidarität bekunden mit denjenigen, die es schon getan haben!

Auf der Seite 30 des Konzepts in der Langfassung kann man sehen, wer alles in den letzten Monaten schon unterzeichnet hat.

Kontakt für künftige Unterzeichner ist zu erreichen über

Barbara Hähnchen für den Arbeitskreis Ökonomie und Kirche, barbara.haehnchen@gmx.de, oder Rudolf Mehl, Webmaster für das ÖNiD, webmaster@oenid.net

Mit herzlich-solidarischen Grüßen,
auch vom Arbeitskreis Ökonomie und Kirche,

gez. Barbara Hähnchen